

**Michael Aggelidis, energiepolitischer Sprecher, Fraktion DIE LINKE
NRW:**

Rede zum Castoraktionstag, 23.10.2010 in Neuss:

liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen,

die Risiken der atomaren Energieproduktion sind unkalkulierbar. Diese Technologie ist einfach nicht beherrschbar. Die schwarz-gelbe Bundesregierung handelt mit der Laufzeitverlängerung für die AKWs völlig unverantwortlich. Diese ganze Bande im Sold der Großkonzerne gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

Sie handeln unverantwortlich gegenüber den heute Lebenden und den kommenden Generationen. Egal, wie sie den Atommüll verpacken, verbuddeln, verstecken lassen, er ist ja dann nicht weg, sondern er bleibt vielmehr da, Tausende von Jahren lang als höchst gefährliche Strahlenquelle. Es gibt keine Materialien und keine Orte, die uns wirksam und zuverlässig vor diesen Strahlenquellen schützen können. Es gibt keine sicheren Endlager und keine gefahrlosen Transporte von Atommüll.

Alleine schon deshalb verlangen wir den sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft.

Die Atombefürworter reden von der atomaren Energieproduktion als einer „Brückentechnologie“. Tatsache ist: Die Laufzeitverlängerung für die AKWs verzögert das klimapolitisch unabdingbare rasche Umsteuern auf hundert Prozent erneuerbare Energien.

Wir LINKEN sagen: Die atomare und fossile Energieproduktion muss überwunden werden. Wir brauchen ein sehr rasches Umsteuern auf hundert Prozent erneuerbare Energien, und wir brauchen eine massive Reduktion des Energieverbrauchs.

Die Bundesregierung hat ihren Atomdeal mit den Energie-Oligopolisten in Geheimverhandlungen eingetütet. erinnern wir uns: Die Energiekonzerne hatten im Zuge der Verhandlungen demonstriert, dass sie das Sagen haben. Mit ihrer im Grunde lächerlichen Drohung, die AKWs abzuschalten, wenn die Politik nicht in ihrem Interesse spurt, haben sie der Bundeskanzlerin Angela Merkel

faktisch gesagt: Du bist nur an der Regierung, aber wir sind an der Macht. An unseren Interessen kann niemand vorbeiregieren.

Das sind keine demokratischen Zustände, liebe Freundinnen und Freunde. Monopolartige Machtzusammenballungen widersprechen der Demokratie. Energieproduktion- und Verteilung gehört in die Hand der Bürgerinnen und Bürger.

Der etablierten Politik geht es nur um die Sicherung weiterer gigantischer Extraprofite für die Großkonzerne. Aber unser Interesse an einer lebenswerten und zukunftsfähigen Welt steht höher!

Unser Leben ist mehr wert als ihr Profit!

Deshalb muss die Macht dieser Großkonzerne gebrochen werden.

Der Macht von Konzernen – und übrigens auch Banken –, die millionen- und milliardenschwer sind, kann man nur die Gegenmacht der Millionen entgegenstellen, und diese Gegenmacht muss man versuchen aufzubauen und zu stärken – mit allem, was man tut, auch im Parlament. Entschieden wird der Kampf auf der Straße, und wir können gewinnen, liebe Freundinnen und Freunde. Wir können gewinnen, wenn alle gegen die Natur- und Umweltzerstörung empörten Menschen und alle von Sozialabbau, existenzieller Verunsicherung und Verarmung Betroffenen sich zusammentun und gemeinsam handeln.

Alle gemeinsam können wir es schaffen!

Die Macht der Energiekonzerne besteht im Übrigen zu Unrecht. Das ist eine verfassungswidrige Macht. Wie lautet denn der Artikel 27 unserer Landesverfassung? Da steht ganz klar und unmissverständlich:

„1. Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.

2. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“

Das ist keine Erlaubnis, das ist ein Gebot. Worauf passt denn „monopolartige Stellung“ und „Missbrauch wirtschaftlicher Macht“? Worauf passt das besser als auf die Energieriesen RWE, E.ON und Konsorten? Diese Konzerne müssen endlich in Gemeineigentum überführt werden. Und zwar nicht, um einen

staatlichen Konzern zu kriegen, den wieder niemand kontrollieren kann, sondern verbunden mit Dezentralisierung, Gemeinwohlverpflichtung und demokratischer Kontrolle durch Nutzerinnen, Nutzer und Beschäftigte.

Wir unterstützen mit aller Kraft die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft. Im Landtag verlangen wir, dass das Land NRW sich das derzeit noch der RWE-Tochter Amprion gehörende Verteilungsnetz aneignet. Es ist höchste Zeit! RWE/Amprion hat noch und noch Profite gescheffelt, aber das Hochspannungsnetz verkommen lassen.

Wir werden sehen, wie sich SPD und Grüne dazu verhalten. Ich hoffe, sie kneifen diesmal nicht. Dann müssten sie sich allerdings mit den Herren vom Kapital anlegen. Das wäre doch mal was Neues.

Denn wir haben nicht vergessen, wer einen zeitlich so lange gestreckten Atomausstieg im Konsens mit den Konzernherren ausgehandelt hatte. Auch von denen, die die strahlende Sonne im Banner tragen, haben in der Vergangenheit viele die Interessen der ökologischen Verantwortlichkeit hinter die Profitinteressen der Konzerne zurückgestellt.

Damit sich etwas ändert, müssen wir alle jetzt gemeinsam handeln. Zunächst vor allen Dingen gegen die Castor-Transporte im Wendland. Lasst uns die Demonstration dort so stark wie möglich machen. Und lasst uns gemeinsam mit vielfältigen, phantasievollen und gewaltfreien Aktionen bis hin zum zivilen Ungehorsam deutlich machen, dass wir uns nicht unterkriegen lassen!